

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe des Wilsdruffers am 2. März 1841, seitdem erschienen 44000 Nrn. auf dem Lande 450 Nrn., durch die Post besorgt vierwöchentlich 12 Nrn. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Inserate und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Jahresabonnement 30 Pfg. für die 6 getheilten Anzeigenblätter oder deren Raum, Leihpreis 20 Pfg., Nachnahme 2 Pfg. Bei Nichterstattung und Nichtentgegennahme des Anzeigenblattes im ersten Teil (nur von Bezugsnehmern) die 2 getheilten Anzeigenblätter 2.50 Pfg., Zustellungsgebühr 50 Pfg., Anzeigenannahme bis vorläufig 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachanspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Bezugsnehmer in Ruchlos gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 232.

Donnerstag den 7. Oktober 1920.

79. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Montag den 11. Oktober vormittags 1/4 11 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amtschauptmannschaftlichen Dienstgebäudes öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt vom 6. Oktober 1920 ab im Anmeldezimmer aus.
Meißen, am 4. Oktober 1920.

Nr. 296 I B.

Der Amtshauptmann.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 10. bis 18. Oktober 1920 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf sämtliche Nährmittelarten, Reihe III, Abschnitt 18
150 Gramm Teigwaren, Pfundpreis 2 Mk.

b) auf sämtliche Lebensmittelarten, Reihe III, Abschnitt 18
1/2 Pfund Runkelrübe, Pfundpreis 7,20 Mk.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht abbestellte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel darf vor der angelegten Zeit nicht erfolgen.

Meißen, am 5. Oktober 1920.

Reg. Nr. 1848 a II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Obstpreise. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 25. August 1920 wird bekanntgemacht, daß für Edelobst (gute, ausgelesene Ware) der Preis von 90 Pfg. für das Pfund als gegenwärtig im Stadtgebiet angemessen festgestellt worden ist.

Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Wilsdruff, am 5. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die mit der Entente geführten Verhandlungen über die Neugehaltung der Sicherheitspolitik sind zum Abschluß gelangt.

Es bestätigt sich, daß die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in Berlin geführt werden sollen.

Der Chef der Seereschiffahrt richtet an die schwere Artillerie und die Luftschifftruppe einen Abschiedsbesuch, indem er auf die Entlohnung beider Waffen und ihre Verdienste im Weltkrieg hinweist und die Hoffnung äußert, sie noch einmal zu neuem Leben erweckt, wiedererkennen zu sehen.

In Berlin ist zum ersten Male ein deutscher Betriebsrätekongreß zusammengetreten.

Seit Mitte September haben die Polen 42000 Gefangene gemacht.

Der Ausschub der Brüsseler Finanzkonferenz für den Internationalen Handel hat eine Entscheidung für Handelsfreiheit einstimmig angenommen.

Die französische Regierung will die Abstimmung in Österreich über den Anschluß an Deutschland nicht zulassen.

General Wrangel hat die Stadt Mariampol durch Sandreich genommen und große Beute gemacht.

Pittinow hat die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung abgebrochen, nachdem diese seinen letzten Vorschlag über die Eröffnung von Handelsbeziehungen mit Rußland abgelehnt hatte.

Reichswirtschaftsbank.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz hat sich bisher der Öffentlichkeit gegenüber ziemlich zurückgehalten. Er mußte, kaum daß er den Oberbürgermeisterstuhl von Charlottenburg mit dem Ministerstuhl vertauscht hatte, im Gefolge von Heineke und Dr. Simons mit nach Spa reisen, wo ihm keine besonders auffällige Rolle zu spielen beabsichtigt war. Nach seiner Rückkehr bekannte er sich offen als Gegner des vernichtenden Kohlenabkommens, hielt es aber für seine selbstverständliche Pflicht, auch seinerseits alle Kräfte für die Erfüllung der nun einmal rechtsverbindlich übernommenen Verpflichtungen einzusetzen. Seitdem sah und hörte man nicht viel von ihm. Die ihm nachher, versehen zwar, daß sein Einfluß im Gesamtkabinett mehr und mehr zur Geltung komme; seine nach Möglichkeit ausgleichende Art werde zunehmend gewürdigt, sein sachverständiges Urteil geschätzt. Als kürzlich davon die Rede war, daß der vorläufige Wirtschaftsrat seine aus dem Kabinett austretenden Mitglieder, um in den diplomatischen Dienst des Reiches überzutreten, habe man in Dr. Schulz seinen berufenen Nachfolger erblickt; ein Gedanke, auf den vielleicht zurückkommen sei, wenn Um- oder Neubildungen der Regierung notwendig werden sollten. Vorläufig indes dürfe man sich von der rein auf das Wirtschaftliche gerichteten Arbeit dieses Mannes wenn auch natürlich nicht alles, so doch immerhin so viel versprechen, wie unter den heutigen, in jeder Beziehung traurigen Verhältnissen eben überhaupt zu leisten möglich sei.

Wir sind durch die Ereignisse in unserem inneren Leben gewiß nicht verwöhnt, schon seit langem nicht; was ja am besten durch die Tatsache belegt wird, daß zur ledigen Staatsbürger heute kaum irgendwo im deutschen Reich, kaum in irgendeinem verborgenen Winkel der Regierungs- oder Parlamentsmehrheit zu finden sind. Um so leichter für einen Mann der Arbeit und des lebendigen Optimismus, durch schöpferische Ideen angenehm aufzuwachen. Von dem Gedanken einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, die der Minister Heber heute als Morgenverwirklichte sieht, um unsere Jugend an geordnete Arbeit zu gewöhnen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und um unsere Warenherstellung nach Möglichkeit zu heben, ist schon kürzlich einmal die Rede gewesen. Er hat natürlich sofort lebhaften Widerspruch gefunden, darf aber damit wohl nicht ohne weiteres als abgelehnt gelten. Entweder aber scheint Dr. Schulz seine zweite Lieblingsidee, das ist die Schaffung einer Reichswirtschaftsbank, mehr in den Vordergrund stellen zu wollen. Auch hier spielt in seiner Vorstellung das Streben nach möglicher Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine treibende Rolle.

Er möchte der Tatsache gegenüber, daß die Fälle sich häufen, wo Betriebe stillgelegt oder eingeschränkt werden müssen, weil keine Mittel zur Beschaffung von Rohstoffen vorhanden sind, nicht auf die Dauer die Hände in den Schoß legen. Die Privatbanken sind mit ihren Kreditgewährungen an bestimmte Grenzen gebunden; die Gefahr des Verlustes muß sie abschrecken, die unausgeglichenen Schwankungen der Warenpreise, das Auf und Ab unserer Valuta muß sie bedenken machen, und ehe sie sich am Ende vielerlei doch noch entschließen, helfen einzubringen, ist dem Unternehmer, dem Fabrikanten, dem Kaufmann der Klem ausgegangen. Jede BetriebsEinstellung hat aber heutzutage ein weiteres Aufschwollen der Staatsausgaben für unproduktive Arbeitslosenunterstützungen zur Folge. Ist es da nicht richtiger, wenn der Staat einen Teil dieser Summen dazu verwendet, für Erhaltung oder Erweiterung bestehender Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen? Erreicht er mit seinen Geldmitteln dieses Ziel, dann verhilft er das Versinken neuer Bevölkerungsgruppen in den demoralisierenden Zustand der Arbeitslosigkeit und damit die weitere Schwächung unserer Warenproduktion. Bleibt seine Mühe vergebens, so hat er wenigstens für eine gewisse Zeit noch die Betriebe am Leben erhalten. Natürlich verkennt kein Mensch auch nur für einen Augenblick die großen Gefahren, die mit einer solchen finanziellen Kreditgewährung verbunden sind; die Verlockung zu leichtfertigen Umgehen mit öffentlichen Geldern, neue Auswüchse der Vettern- und Korruptionswirtschaft, über die schon obenhin so viel gesagt wird, und ähnliches mehr. Aber der Minister hofft, durch die Art und Weise, wie der von ihm geplante Kredit organisiert werden soll, diesen Gefahren aus dem Wege gehen zu können. Die Selbstverwaltungskörper der Industrie sollen in ihren Dienst gestellt, der neu zu schaffende Apparat soll der schon bestehenden und mit allseitig anerkanntem Erfolg arbeitenden Giro-Zentrale des Städtebundes angegliedert und daneben die erforderliche Staatsaufsicht möglichst frei und beweglich gestaltet werden, damit der kaufmännische Sinn der ganzen Neueinrichtung auch voll zu seinem Rechte komme.

Es ist dem Minister gelungen, in einer Besprechung mit führenden Männern der Finanzwelt und des Wirtschaftslebens die schwersten Bedenken, die von dieser Seite gegen seinen Gedanken geltend gemacht wurden, aus dem Wege zu räumen. Nun wird wohl bald der Zeitpunkt gekommen sein, um auch das Kabinett und danach den Reichstag mit der Angelegenheit zu befaßen. Bietet sich, daß in diesem Falle wenigstens einmal die durch die allgemeinen Verhältnisse gebotene Eile der Entscheidungen auch erreicht wird.

Rußland vor der Katastrophe.

Hungernot und Matrosenaufstand. In Sowjetrußland stimmt es nicht mehr. Die Zeichen der Unzufriedenheit mehren sich. Auch steht die Hungernot vor der Tür. Das zeigen deutlich folgende, vom Moskauer Zentral-Rollzugs-Komitee aufgestellten Beschlüsse, die durch Runddruck bekanntgegeben wurden:

1. Von allen arbeitenden Bauern Rußlands wird eine vollständige unweigerliche Auslieferung der Lebensmittelablieferung verlangt.
2. Die Arbeiter zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln sind in kürzester Frist zu besenden.
3. In den Versorgungsarbeiten sind die besten Kräfte heranzuziehen.
4. Den Versorgungsarbeiten ist dieselbe Bedeutung zuzuwenden wie den Transportarbeiten.

Der Runddruck fordert zum Schluß die russischen Arbeiter auf, dem Ruf des höchsten Organs Folge zu leisten und die Kräfte zum Kampf gegen den Hunger anzuspornen.

Nach weiteren Meldungen soll es vor einigen Tagen in Petrowsburg zu einer Matrosenrevolte gekommen sein. 1400 Matrosen aus Kronstadt hätten einen Teil der Stadt besetzt und die Arbeiter hätten sich ihnen angeschlossen. Bei den Kämpfen, an denen sich auf Seiten der Regierung auch Chinesen beteiligten, seien einige Hundert Personen getötet oder verwundet worden. 54 Matrosen seien wegen der Teilnahme an dem Aufstand zum Tode verurteilt worden.

„Die Befriedung Europas.“

Giollitti über Frieden und Arbeit.

Der italienische Ministerpräsident Giollitti hatte eine längere Unterredung mit einem Pressevertreter, in der er zunächst erklärte, daß die jüngst in verschiedenen Auslandszeitungen erschienenen ihm zugeschriebenen Äußerungen entweder erfunden oder auf Fragen aufgebaut seien, die die in Italien und Mitteleuropas gruppenweise empfangenen Journalisten an ihn gerichtet hätten.

Das wichtigste Problem sei heute die Wiederherstellung normaler internationaler Beziehungen; denn ohne normale Beziehungen sei ein Handelsverkehr auf die Dauer unmöglich. Und ohne Handelsverkehr kein Arbeitsrecht. Nur Arbeit kann die erkrankte Welt heilen. „Wir müssen zugeben, daß wir diesen Frieden noch nicht haben, aber wir müssen alles tun, um ihn zu erlangen. Ich persönlich werde in dieser Beziehung bestrebt sein, alles zu tun, was ich kann, und die Erreichung dieses Zieles ist das am besten und am aufrichtigsten verfolgte, ja ich möchte sagen, das einzige Streben meiner auswärtigen Politik. Mehr vermag ich nicht zu sagen. Meine Zurückhaltung werden Sie ja verstehen. Als Lloyd George mich bei meiner ersten Begegnung fragte, was mir am meisten am Herzen liege, antwortete ich: „Die Befriedung Europas.“

Deshalb beklage ich, sagte Giollitti weiter, es so außerordentlich, daß die jüngste italienische Arbeiterbewegung im Ausland den Glauben erweckt lieh, die innere Lage Italiens sei fast reif zum Zusammenbruch und bilde eine Bedrohung für die anderen Nationen. Wahrheit ist, daß der italienische Arbeiter durchschnittlich nicht über 17 Lire täglich verdient, trotz Entwertung der Lira durch den Dollar, und jetzt nach erbittertem Kampfe mit den Industriellen durchschnittlich 21 Lire. Ungenau und falsche Meldungen wurden im Ausland auch hinsichtlich der Kontrolle der Fabriken durch die Arbeiter verbreitet. Die Mißstände wurden hervorgehoben durch den enormen Unterschied der Bedeutung des Wortes „Kontrolle“, in englischer und italienischer Sprache. In Amerika und England bedeutet „Control“ fast soviel wie Kommando und Bestimmungsbrecht. In Italien dagegen „Nachprüfung“. Ich bin weit von der Volkserweckung der italienischen Industrie entfernt, bin aber überzeugt, auf die von mir angestrebte Weise unserer Industrie zu nützen, denn der Arbeiter, der die wirtlichen Verhältnisse seiner Fabrik kennt, wird seine Ansprüche diesen tatsächlichen Verhältnissen anpassen, und so verschwindet das fahrlässige Mißtrauen des Arbeiters gegen den Fabrikherrn. Andererseits wird diese moralische Aufbesserung des Arbeiters günstig auf die Produktion einwirken, weil es zur Arbeit anspannt, die, wie wiederhole es, der einzige Rettungsweil ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Spaltung der Unabhängigen. In der U.S.R.D. haben jetzt die Wahlen für den Parteitag stattgefunden. Eine Reihe von Ergebnissen liegt bereits vor, in denen als das Bemerkenswerteste hervortritt, daß die Wahlbeteiligung außerordentlich schwach war. In Berlin sind insgesamt etwas über 20 000 Stimmen abgegeben worden; das Ergebnis war, daß 15 540 für und 13 500 gegen die Moskauer Bedingungen eingetreten sind. In Litzow-Beeskow dürfte das Stimmverhältnis ähnlich dem Berliner sein, dagegen haben in Niederbarnim die Anhänger des Anschlusses 70 % aller abgegebenen Stimmen erhalten. In Leipzig sind vorläufig rund 12 000 Stimmen gegen, rund 8000 Stimmen für die Moskauer Bedingungen ermittelt worden. In Bremen sind für die Bedingungen nur 485 Stimmen, gegen die Bedingungen 2304 Stimmen abgegeben worden. So daß Bremen nur Gegner des Anschlusses (und zwar 5) auf den Parteitag entsendet. In Frankfurt-Main haben von 10 000 Mitgliedern nur wenig über 2000 gewählt; 1100 für die Bedingungen, 1024 Stimmen gegen die Bedingungen. Insbesondere erhält man den Eindruck, daß sich die Gegner und die Anhänger der Unterwerfung unter Moskau immermäßig so ziemlich die Waage halten, soweit abgestimmt worden ist.